

BESCHLUSS

des Landesparteitages der FDP Hessen am 14. November 2015 in Oberursel

Lasst es uns anpacken – in Hessen vor Ort

Jeder kann etwas bewegen – das ist unsere Überzeugung.

Experimentieren wir in der Schule - nicht an ihr

Beste Bildung: Bildungsort Kommune für individuelle Förderung

Beste Bildung umfasst Wissens- und Methodenvermittlung sowie die Erziehung zu den Werten Freiheit, Demokratie und Mitmenschlichkeit, Marktwirtschaft, Toleranz gegenüber Minderheiten und Offenheit für die Vielfalt der Gesellschaft.

Unsere Kinder sollen alles werden können, außer dumm. Damit sie die besten Chancen haben, müssen schon Krippen und Kindergärten gute und altersangemessene Bildungseinrichtungen sein.

Wir wollen die bestmögliche Ausstattung vor Ort und selbstständige Schulen. Das heißt, dass wir moderne Schulgebäude und -ausstattungen sowie Sportstätten genauso brauchen, wie vielfältige Bildungsangebote. Da Technik untrennbar zum Alltag von Schülern dazugehört, soll der ausreichende Zugang zu Computern, dem Internet, Software und Unterrichtsfilm an Schulen gesichert werden.

Bildungsvielfalt heißt auch, dass wir jede Schulform stärken wollen. Auch Grundschulen und gymnasiale Oberstufen wollen wir fördern und nicht wie Schwarz-Grün schwächen. Die Schulpolitik darf nicht für ideologische Grabenkämpfe missbraucht werden.

Auch bei der beruflichen Bildung und den vielen kleinen und großen Hochschulen wollen wir kommunalpolitisch einen Schwerpunkt setzen.

Ehrenamt und Vereinsleben stellen für uns die Pfeiler einer lebendigen Bürgergesellschaft dar. Wir wollen, dass Sie Ihre Bildungsinitiativen vor Ort umsetzen können: egal ob es die private Krippe, der Förderverein der Schule, die ehrenamtliche Nachmittagsbetreuung oder das Sportangebot ist. Bildung lebt gerade von Ihrem Engagement.

Infrastruktur statt Infragestellung

Selbstbestimmt leben: Durch Information und Mobilität

BESCHLUSS

des Landesparteitages der FDP Hessen am 14. November 2015 in Oberursel

Infrastruktur bestimmt die Lebensqualität vor Ort. Dazu gehören für uns Projekte wie flächendeckendes WLAN vor Ort, schnelles Internet und die Verkehrsinfrastruktur. Insbesondere der Sanierung und dem Ausbau der Straßen kommt eine besondere Bedeutung zu.

Dabei geht es um den Infrastrukturausbau, aber auch um den Ausgleich der Belastungen im Ballungsraum. Wir setzen dabei nicht auf bürokratische Zonen-Reglungen oder Symbolpolitik, sondern auf einen besseren Verkehrsfluss und eine Vielfalt an Verkehrsmitteln. Neue Konzepte wie moderne Verkehrsleitsysteme, Park & Ride-Standorte sowie Car- und Bikesharing können dazu beitragen.

Stillstand: Nein, Mittelstand: Ja

Aufstieg durch eigene Leistung: Wirtschaft

Deutschlands Wohlstand und Arbeitsplätze entstehen durch Unternehmertum – Menschen, die ein Geschäft, ein Startup, einen Handwerksbetrieb, ein Unternehmen gründen und erfolgreich betreiben.

Mit der modernsten Infrastruktur wollen wir die Voraussetzungen schaffen, um Unternehmen anzusiedeln. Wir fordern gezielte Ansiedlungs- und Ausbildungspolitik für Fachkräfte und Unternehmen. Gerade die Ballungsräume – aber auch ganz Hessen - stehen im internationalen Wettbewerb der Regionen.

Unternehmen willkommen heißen bedeutet, eine vernünftige Gebühren- und Steuerpolitik ebenso wie eine nachfrageorientierte Bereitstellung von Flächen zu verfolgen. Der Abbau von unnötigem Papierkram und Bürokratie ist eine wichtige Aufgabe für kommunale Wirtschaftspolitik.

Erst denken, dann ausgeben

Politik, die rechnen kann/Unkomplizierter Staat: Sparsames

Haushalten

Nur wenn wir sparsam sind, schaffen wir es, nicht noch weitere Schuldenberge aufzutürmen, sondern bestehende Berge abzubauen. Wir denken in Generationen, nicht in Amtsperioden.

Mit Ihren Steuern und Gebühren wollen wir sparsam umgehen. Wir sprechen uns klar gegen Steuererhöhungen aus. Deshalb wollen wir schlanke und effiziente Verwaltungen. Sie sollen nur tätig werden, wenn Private etwas nicht tun. Die Änderung des Kommunalen Finanzausgleichs durch die Landesregierung bestraft

BESCHLUSS

des Landesparteitages der FDP Hessen am 14. November 2015 in Oberursel

erfolgreiche und sparsame Kommunen und löst eine Steuererhöhungsspirale aus. Öffentlich-private Partnerschaften können im Einzelfall zur Reduzierung der Finanz- und Verwaltungslast der Kommunen führen.

Wir fordern und unterstützen jede Form des Ausbaus der interkommunalen und regionalen Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Städten und Kreisen.

Neues Denken statt neuer Windräder

Politik, die rechnen kann: Eine vernünftige Energiepolitik

Für uns ist Energiepolitik keine Ersatzreligion, sondern eine Investition in kluge Erfindungen für umweltfreundliche Energieerzeugung. Wir möchten die Frage einer nachhaltigen Energiepolitik lösen. Deshalb fördern wir Innovationen statt spezifische Technologien zu subventionieren.

Wir wollen bezahlbare Energie, die Sie sich leisten können.

Vernünftige Energiepolitik nimmt Rücksicht auf die Menschen und die Umwelt. Deshalb nehmen wir die Sorgen und Vorschläge der Menschen ernst und machen uns für Sie stark.

Kommunen dürfen nicht das Geld der Steuerzahler für unrentable Energieprojekte ausgeben. Wir wollen Transparenz über Risiken und Nachschusspflichten, wenn Kommunen Werbung für Geldanlagen in Energiegenossenschaften für Sie als Bürger machen.

Dem Landleben mehr Leben geben

Selbstbestimmt in allen Lebenslagen: Vielfalt in unserem

Land erhalten

Im ländlichen Raum selbstbestimmt zu leben, heißt, dass die erforderliche Infrastruktur aufrechterhalten werden muss. Gleichzeitig sind in Zeiten zurückgehender Bevölkerungszahlen kluge, innovative Konzepte für Leben und Versorgung notwendig.

Wir müssen gerade bei der Mobilität dafür sorgen, dass durch neue Konzepte die Erreichbarkeit erhalten bleibt und der Arzt und die Nahversorgung vor Ort oder eine Attraktivitätssteigerung der Ortskerne gegeben sind. Neuen Konzepten und Geschäftsideen wie z.B. flexible Taxi- und Mietangebote müssen wir Raum verschaffen und nicht die Gegenwart mit Gesetzen, Protektionismus oder Subventionen konservieren. Flexiblen Konzepten und Geschäftsideen wie Anrufsammeltaxen,

BESCHLUSS

des Landesparteitages der FDP Hessen am 14. November 2015 in Oberursel

Fernbushaltestellen und 50-50-Taxen müssen wir Raum verschaffen. Ziel muss es sein, die Attraktivität der Ortskerne zu steigern und die Nah- sowie medizinische Versorgung zu gewährleisten.

Zuwanderung steuern, Integration verbessern

Freiheit und Menschenwürde: Im Einklang mit dem Rechtsstaat

Wir begrüßen und unterstützen das große bürgerschaftliche Engagement, das sich im Zuge der Aufnahme der vielen Flüchtlinge zeigt.

Wir kritisieren aber entschieden, dass sich Bund und Land noch immer nicht auf die absehbare Lage eingestellt haben: Die zügige Bearbeitung der Asylanträge oder die Ermöglichung von Beschäftigung durch die zuständigen Bundesbehörden funktionieren nicht.

Bund und Land haben alle in Zusammenhang mit den zugewiesenen Flüchtlingen entstehende Kosten zu tragen, damit die Kommunen ihren originären Verpflichtungen, u.a. Schulbau nachkommen können.

Zur besseren Bearbeitung der Fälle ist die Errichtung von Administrationszentren auf Kreisebene notwendig, in denen Vertreter der zuständigen Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden zusammenarbeiten, um Entscheidungen schneller zu treffen und Hilfen besser zu koordinieren.

Des Weiteren bedarf es einer unverzüglichen und klaren Regelung zur Schaffung von weiterem Wohnraum.

In Zeiten extrem hoher Zuwanderung darf bei den Kosten für Intensivklassen aber auch beim Ausbau der Angebote frühkindlicher Bildung nicht gespart werden. Die beschlossenen Kürzungen von Lehrerstellen müssen zurückgenommen werden.